

Sächsisches Amtsblatt

Nr. 39/2021

30. September 2021

Inhaltsverzeichnis

Sächsisches Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft

Fünfte Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft zur Änderung der Förderrichtlinie der Verbesserung der Verarbeitungs- und Vermarktungsstruktur landwirtschaftlicher Erzeugnisse (Förderrichtlinie Marktstrukturverbesserung 2015 – RL MSV/2015) vom 15. September 20211234

Landesdirektion Sachsen

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen für den Landkreis Görlitz und den Landkreis Bautzen Tierseuchenverhütung und -bekämpfung Änderung der Allgemeinverfügung der Landesdirektion Sachsen vom 13. Juli 2021 „Tierseuchenverhütung und -bekämpfung – Afrikanische Schweinepest (ASP) – Festlegung der Pufferzone (Sperrzone I) und weitere Anordnungen vom 13. Juli 2021“ vom 8. September 20211236

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen für den Landkreis Görlitz und den Landkreis Bautzen Tierseuchenverhütung und -bekämpfung Änderung der Allgemeinverfügung der Landesdirektion Sachsen vom 13. Juli 2021 „Tierseuchenverhütung und -bekämpfung – Afrikanische Schweinepest (ASP) – Festlegung des gefährdeten Gebietes (Sperrzone II) und weitere Anordnungen vom 13. Juli 2021“ vom 8. September 20211238

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen über den Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes Antrag auf wesentliche Änderung der Anlage zum Schmelzen und Gießen von Aluminium (Aluminiumgießerei) der Firma Hydro Aluminium Gießerei Rackwitz GmbH am Standort Rackwitz – Auslegung des Antrages und der Unterlagen – Gz.: 44-8431/2514 vom 16. September 20211240

Andere Behörden und Körperschaften

Bekanntmachung des Landesamtes für Straßenbau und Verkehr, Niederlassung Plauen über die Widmung und Umstufung von Straßen durch die Verkehrsübergabe der „B 169 Ortsumgehung Göltzschtal“ 1./2. BA vom 7. September 20211242

Bekanntmachung der Architektenkammer Sachsen über die öffentliche Bestellung und Vereidigung eines Sachverständigen vom 9. September 20211244

Bekanntmachung des Landratsamtes Bautzen über die Genehmigung der Zweckvereinbarung zwischen der Stadt Hoyerswerda und der Gemeinde Spreetal über die Erfüllung von Aufgaben des Datenschutzbeauftragten vom 24. August 20211245

Zweckvereinbarung über die Erfüllung von Aufgaben des Datenschutzbeauftragten1245

Sächsisches Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft

Fünfte Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft zur Änderung der Förderrichtlinie der Verbesserung der Verarbeitungs- und Vermarktungsstruktur landwirtschaftlicher Erzeugnisse (Förderrichtlinie Marktstrukturverbesserung 2015 – RL MSV/2015)

Vom 15. September 2021

I. Änderung der Förderrichtlinie Marktstrukturverbesserung 2015

Die Förderrichtlinie Marktstrukturverbesserung 2015 vom 30. Juni 2015 (SächsABl. SDr. S. S 324), die zuletzt durch die Richtlinie vom 17. Dezember 2019 (SächsABl. SDr. 2020 S. S 74) geändert worden ist, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 9. Dezember 2019 (SächsABl. SDr. S. S 414), wird wie folgt geändert:

1. Der Titel der Richtlinie wird wie folgt gefasst:
„Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft zur Förderung der Verbesserung der Verarbeitungs- und Vermarktungsstruktur landwirtschaftlicher Erzeugnisse (Förderrichtlinie Marktstrukturverbesserung 2015 – FRL MSV/2015)“.
2. Ziffer I, Nummer 2 wird wie folgt geändert:
 - a) In Buchstabe a wird die Angabe „14. Dezember 2018 (SächsGVBl. S. 782)“ durch die Angabe „21. Mai 2021 (SächsGVBl. S. 578)“ ersetzt.
 - b) In Buchstabe b wird die Angabe „23. Oktober 2019 (SächsABl. S. 1590)“ durch die Angabe „16. April 2021 (SächsABl. S. 434)“ und die Angabe „8. Dezember 2017 (SächsABl. SDr. S. S 378)“ durch die Angabe „9. Dezember 2019 (SächsABl. SDr. S. S 352)“ ersetzt.
 - c) In Buchstabe c wird die Angabe „5 Absatz 25 des Gesetzes vom 21. Juni 2019 (BGBl. I S. 846)“ durch die Angabe „24 Absatz 3 des Gesetzes vom 25. Juni 2021 (BGBl. I S. 2154)“ ersetzt.
 - d) In Buchstabe d wird die Angabe „durch die Verordnung (EU) 2019/289 (ABl. L 48 vom 20.2.2019, S. 1)“, durch die Angabe „zuletzt durch die Verordnung (EU) 2020/2008 (ABl. L 414 vom 9.12.2020, S. 15)“ ersetzt.
 - e) In Buchstabe e wird die Angabe „2017/1084 (ABl. L 156 vom 20.6.2017)“ durch die Angabe „2021/452 (ABl. L 89 vom 16.3.2021)“ ersetzt.
3. In Ziffer I, Nummer 3 werden die Wörter „des Antragstellers“ durch die Wörter „der Antragstellenden“ ersetzt.
4. Ziffer II wird wie folgt geändert:
 - a) Nummer 1, erster Anstrich wird wie folgt neu gefasst:
„Erzeugerorganisationen und deren Vereinigungen gemäß § 1 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe a des Agrarorganisationen-und-Lieferketten-Gesetzes vom 20. April 2013 (BGBl. I S. 917), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 2. Juni 2021 (BGBl. I S. 1278) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, die nach § 4 Absatz 1 des Agrarorganisationen-und-Lieferketten-Gesetzes in Verbindung mit § 2 Absatz 1 der Agrarmarktstrukturverordnung vom 15. November 2013 (BGBl. I S. 3998), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 6. August 2020 (BGBl. I S. 1888) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, anerkannt sind und“.
5. Ziffer III wird wie folgt geändert:
 - a) In Nummer 3, Buchstabe i wird die Angabe „2017/2393 (ABl. L 350 vom 29.12.2017, S. 15)“ durch die Angabe „2020/ 2220 (ABl. L 437 vom 28.12.2020, S. 1)“ ersetzt.
 - b) In Nummer 3, Buchstabe j wird das Wort „Zuwendungsempfänger“ durch das Wort „Begünstigte“ ersetzt.
 - c) In Nummer 4 wird das Wort „Zuwendungsempfänger“ durch das Wort „Begünstigte“ ersetzt.
 - d) In Nummer 5, Buchstabe a und Buchstabe f wird das Wort „Zuwendungsempfänger“ jeweils durch das Wort „Begünstigte“ ersetzt.
 - e) Nummer 6, Buchstabe d wird wie folgt neu gefasst:
„Das Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft ist berechtigt, im Wege des Erlasses gemäß Nummer 2.1 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen Festbeträge auf Basis von Standardkosten und gemäß Nummer 2.3 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung Kostenpauschalen, insbesondere Pauschalen für Personalausgaben, festzulegen.“
6. Ziffer IV wird wie folgt geändert:
 - a) In Nummer 3, Buchstabe m wird die Angabe „1 des Gesetzes vom 17. Dezember 2018 (BGBl. I S. 2549)“ durch die Angabe „11 des Gesetzes vom 16. Juli 2021 (BGBl. I S. 3026)“ ersetzt.
 - b) Nummer 3 Buchstabe r wird wie folgt geändert:
 - aa) Nach den Wörtern „Aufwendungen für“ werden die Wörter „Investitionen in“ eingefügt.

- bb) Die Angabe „Verordnung (EU) Nr. 2019/1243 (ABl. L 198 vom 25.7.2019, S. 241)“ wird durch die Angabe „Delegierte Verordnung (EU) 2020/2192 (ABl. L 434 vom 23.12.2020, S. 10)“ ersetzt.
 - cc) Nach den Wörtern „größer als kleine“ werden die Wörter „oder mittlere“ und nach dem Wort „Unternehmen“ wird die Angabe „(KMU)“ eingefügt.
 - c) In Nummer 4 wird das Wort „Zuwendungsempfänger“ durch das Wort „Begünstigte“ ersetzt.
 - d) Nummer 5 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Buchstaben a, b, d wird das Wort „Zuwendungsempfänger“ jeweils durch das Wort „Begünstigte“ ersetzt.
 - bb) Buchstabe f wird wie folgt geändert:
 - aaa) In Satz 1 werden die Wörter „der Antragsteller“ durch die Wörter „die Antragstellenden“ und das Wort „hat“ wird durch das Wort „haben“ ersetzt.
 - bbb) In Buchstabe aa werden die Wörter „des Antragstellers“ durch die Wörter „der Antragstellenden“ ersetzt.
 - cc) Die Buchstaben j und k werden neu eingefügt:
 - „j) Aufwendungen für Investitionen in die Schlachtung von Tieren in mittleren Unternehmen sind nur förderfähig, wenn
 - aa) mit einer regionalen Bedarfs- und Umfeldanalyse dargelegt wird, dass nach Umsetzung des Vorhabens keine Verdrängung oder signifikante Schwächung von bestehenden Unternehmen der Schlachtung und Fleischverarbeitung (insbesondere von Kleinst-, kleinen und mittleren Unternehmen) zu erwarten ist und das Vorhaben vorrangig einer regional ausgerichteten Wertschöpfungskette und der Verkürzung von Tiertransportzeiten dient. Die regionale Bedarfs- und Umfeldanalyse ist im Auftrag des Antragstellers extern durch einen unabhängigen Sachverständigen mit ausgewiesenen Fachkenntnissen des Schlachtmarktes zu erstellen und muss in einer räumlich ausgerichteten (d.h. über Ländergrenzen hinausgehenden) Betrachtung mindestens die folgenden Teilanalysen umfassen:
 - Beschreibung des Bezug- und Absatzmarktes unter Darstellung der regionalen Wertschöpfungskette,
 - Abschätzung des Regionalvermarktungspotentials innerhalb des vorgesehenen Vertriebsgebietes,
 - Kalkulation des Schlachttieraufkommens innerhalb des vorgesehenen Einzugsgebietes,
 - Analyse der Wettbewerbssituation bezogen auf die Einzugsgebiete bestehender Schlachtstätten unter besonderer Berücksichtigung von Kleinst-, kleinen und mittleren Unternehmen,
 - Bedarfsermittlung für zusätzliche Schlachtkapazitäten innerhalb des vorgesehenen Einzugsgebietes.
- Auf die regionale Bedarfs- und Umfeldanalyse kann verzichtet werden, wenn die Aufwendungen der Modernisierung bestehender Schlachtstätten dienen und das Vorhaben mit einer Kapazitätserweiterung von nicht mehr als 10 Prozent verbunden ist.
- bb) in der Schlachtstätte auch die Lohnschlachtung angeboten wird, einschließlich der Annahme von Schlachtvieh in kleinen Stückzahlen (das heißt ohne Mindestanlieferungsmengen).
 - k) Die Förderung von Aufwendungen für Investitionen in die Schlachtung von Tieren in mittleren Unternehmen ist bis zum 31. Dezember 2024 befristet.“
- e) In Nummer 6, Buchstaben b und c wird das Wort „Zuwendungsempfängern“ jeweils durch das Wort „Begünstigte“ ersetzt.
- f) Nummer 6, Buchstabe g wird wie folgt neu gefasst: „Das Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft ist berechtigt, im Wege des Erlasses gemäß Nummer 2.1 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen Festbeträge auf Basis von Standardkosten und gemäß Nummer 2.3 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung Kostenpauschalen, insbesondere Pauschalen für Personalausgaben, festzulegen.“
7. Ziffer V wird wie folgt geändert:
- a) In Nummer 1 und 2 werden vor den Wörtern „Umwelt und Landwirtschaft“ jeweils die Wörter „Energie, Klimaschutz,“ eingefügt.
 - b) In Nummer 5, Buchstaben a, b und c wird das Wort „Zuwendungsempfänger“ jeweils durch das Wort „Begünstigte“ ersetzt.

II.

Inkrafttreten

Diese Richtlinie tritt mit Unterzeichnung in Kraft.

Dresden, den 15. September 2021

Der Staatsminister für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft
Wolfram Günther

Landesdirektion Sachsen

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen für den Landkreis Görlitz und den Landkreis Bautzen Tierseuchenverhütung und -bekämpfung

Änderung der Allgemeinverfügung der Landesdirektion Sachsen vom 13. Juli 2021 „Tierseuchenverhütung und -bekämpfung – Afrikanische Schweinepest (ASP) – Festlegung der Pufferzone (Sperrzone I) und weitere Anordnungen vom 13. Juli 2021“

Vom 8. September 2021

Hinweis:

Zur besseren Lesbarkeit wird auf der Website der LDS eine konsolidierte Fassung der oben genannten Allgemeinverfügung vom 13. Juli 2021 eingestellt, bei der die durch die vorliegende Allgemeinverfügung erfolgten Änderungen in den Tenor eingearbeitet wurden.

Die Landesdirektion Sachsen erlässt folgende

Allgemeinverfügung zur Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest (ASP)

1. Die Allgemeinverfügung der Landesdirektion Sachsen vom 13. Juli 2021 Tierseuchenverhütung und -bekämpfung – Afrikanische Schweinepest (ASP) – Festlegung der Pufferzone (Sperrzone I) und weitere Anordnungen vom 13. Juli 2021 (Az. 25-5133/125/33) wird wie folgt geändert:

1.1 In Ziffer 2 wird die Überschrift wie folgt gefasst:

„2. Anordnungen an die Jagdausübungsberechtigten, Jäger sowie Personen, die Umgang mit Wildschweinefleisch, Wildschweinefleischerzeugnissen sowie von Wildschweinen stammenden tierischen Neben- und Folgeprodukten haben:“

1.2 Ziffer 2 Buchstabe a) wird wie folgt gefasst:

„a) Die Jagd auf alle Arten von Wild ist in der Pufferzone (Sperrzone I) mit folgenden Einschränkungen gestattet: Der Einsatz von Jagdhunden zum Stöbern sowie von Jagdhelfern (Treibern) zur aktiven Beunruhigung des Wildes ist dem örtlich zuständigen Landratsamt unter Verwendung des vom Landratsamt zur Verfügung gestellten Formulars mindestens zwei Werktage vor Durchführung der Jagd anzuzeigen. Das Landratsamt kann den Einsatz von Jagdhunden zum Stöbern sowie von Jagdhelfern (Treibern) im Einzelfall untersagen oder diesbezügliche Auflagen erteilen.“

1.3 Unter Ziffer 2 wird ein neuer Buchstabe b) wie folgt eingefügt:

„b) Es wird die verstärkte Bejagung von Wildschweinen in der Pufferzone (Sperrzone I) angeordnet. Die Jagdausübungsberechtigten sind in ihrem jeweiligen Revier zur Mitwirkung verpflichtet. Der damit verbundene Mehraufwand gilt als durch den Aufwandsersatz nach Ziffer 2 Buchstaben c), e), f) und h) abgegolten. Ist die verstärkte Bejagung durch den Jagdausübungsberechtigten in seinem Revier nicht hinreichend sichergestellt, kann die Landesdirektion Sachsen die Bejagung durch andere Personen vornehmen lassen. In diesem Fall ist der Jagdausübungsberechtigte verpflichtet, die Bejagung durch diese Personen zu dulden und die erforderliche Hilfe zu leisten.“

Die bisherigen Buchstaben b) und c) werden zu den Buchstaben c) und d).

1.4 Unter Ziffer 2 wird ein neuer Buchstabe e) wie folgt eingefügt:

„e) Jagdausübungsberechtigte, die auf die Aneignung des Wildbrets von gesund erlegten Wildschweinen verzichten, haben den Tierkörper nach näherer Anweisung des örtlich zuständigen Landratsamtes über den Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Sachsen unschädlich beseitigen zu lassen. In diesem Fall beträgt die Aufwandsentschädigung für die Anzeige, Probennahme und Entsorgung 150,00 EUR je Wildschwein. Die Aufwandsentschädigungen gem. Ziffer 7 der Allgemeinverfügung der Landesdirektion Sachsen vom 20. Oktober 2020, Az.: 25-5133/32/66 ist hiervon bereits umfasst.“

Die bisherigen Buchstaben d) bis g) werden zu den Buchstaben f) bis i)

1.5 In Ziffer 3 wird die Überschrift wie folgt gefasst:

„3. Vorgaben für Schweinehalter und Personen, die Umgang mit Schweinefleisch oder Schweinefleischerzeugnissen, Zuchtmaterial von Schweinen sowie von Schweinen stammenden tierischen Neben- und Folgeprodukten haben:“

2. Die sofortige Vollziehung der Ziffern 1.1 bis 1.5 dieser Allgemeinverfügung wird angeordnet, sofern die sofortige Vollziehung nicht bereits kraft Gesetzes, gemäß § 80 Absatz 2 Nummer 3 der Verwaltungsgerichtsordnung in Verbindung mit § 37 des Tiergesundheitsgesetzes, gilt.
3. Diese Allgemeinverfügung wird als Notbekanntmachung auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <http://www.lids.sachsen.de/Bekanntmachung> verkündet und tritt am Tage nach ihrer Bekanntgabe in Kraft. Der vollständige Inhalt der Allgemeinverfügung kann neben der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <http://www.lids.sachsen.de/Bekanntmachung> auch zu den Geschäftszeiten in der Dienststelle der Landesdirektion Sachsen in Dresden, Stauffenbergallee 2, 01099 Dresden, Dienststelle der Landesdirektion Sachsen in Leipzig, Braustraße 2, 04107 Leipzig, Dienststelle der Landesdirektion Sachsen in Chemnitz, Altchemnitzer Straße 41, 09120 Chemnitz eingesehen werden.

4. Für diese Allgemeinverfügung werden keine Kosten erhoben.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe schriftlich oder zur Niederschrift Widerspruch eingelegt werden bei der Landesdirektion Sachsen, Altchemnitzer Straße 41, 09120 Chemnitz, oder den Dienststellen der Landesdirektion Sachsen in Dresden, Stauffenbergallee 2, 01099 Dresden, oder in Leipzig, Braustraße 2, 04107 Leipzig. Die Schriftform kann durch die elektronische Form ersetzt werden. Der elektronischen Form genügt ein elektronisches Dokument, das mit einer qualifizierten elektronischen Signatur versehen ist. Die Schriftform kann auch ersetzt werden durch Versendung eines elektronischen Dokuments mit der Versandart nach § 5 Absatz 5 des De-Mail-Gesetzes. Die Adressen und die technischen Anforderungen für die Übermittlung elektronischer Dokumente sind über die Internetseite www.lids.sachsen.de/kontakt abrufbar.

Dresden, den 8. September 2021

Landesdirektion Sachsen
Dr. Jens Achterberg
Referatsleiter

**Bekanntmachung
der Landesdirektion Sachsen
für den Landkreis Görlitz und den Landkreis Bautzen
Tierseuchenverhütung und -bekämpfung**

**Änderung der Allgemeinverfügung
der Landesdirektion Sachsen
vom 13. Juli 2021 „Tierseuchenverhütung und -bekämpfung
– Afrikanische Schweinepest (ASP) –
Festlegung des gefährdeten Gebietes (Sperrzone II)
und weitere Anordnungen vom 13. Juli 2021“**

Vom 8. September 2021

Hinweis:

Zur besseren Lesbarkeit wird auf der Website der LDS eine konsolidierte Fassung der oben genannten Allgemeinverfügung vom 13. Juli 2021 eingestellt, bei der die durch diese Allgemeinverfügung erfolgten Änderungen in den Tenor eingearbeitet wurden.

Die Landesdirektion Sachsen erlässt folgende

**Allgemeinverfügung
zur Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest (ASP)**

1. Die Allgemeinverfügung der Landesdirektion Sachsen vom 13. Juli 2021 Tierseuchenverhütung und -bekämpfung – Afrikanische Schweinepest (ASP) – Festlegung des gefährdeten Gebietes (Sperrzone II) und weitere Anordnungen vom 13. Juli 2021 (Az. 25-5133/125/33) wird wie folgt geändert:

1.1 In Ziffer 2 wird die Überschrift wie folgt gefasst:

„2. Anordnungen an die Jagd ausübungsberechtigten, Jäger sowie Personen, die Umgang mit Wildschweinefleisch, Wildschweinefleischerzeugnissen sowie von Wildschweinen stammenden tierischen Neben- und Folgeprodukten haben:“

1.2 Ziffer 2 Buchstabe a) wird wie folgt gefasst:

„a) Die Jagd auf alle Arten von Wild, auch auf Wildschweine, ist im gefährdeten Gebiet (Sperrzone II) mit folgenden Einschränkungen gestattet: Der Einsatz von Jagdhunden zum Stöbern sowie von Jagdhelfern (Treibern) zur aktiven Beunruhigung des Wildes ist dem örtlich zuständigen Landratsamt unter Verwendung des vom Landratsamt zur Verfügung gestellten Formulars mindestens zwei Werktage vor Durchführung der Jagd anzuzeigen. Das Landratsamt kann den Einsatz von Jagdhunden zum Stöbern sowie von Jagdhelfern (Treibern) im

Einzelfall untersagen oder diesbezügliche Auflagen erteilen.“

1.3 In Ziffer 3 wird die Überschrift wie folgt gefasst:

„3. Vorgaben für Schweinehalter und Personen, die Umgang mit Schweinefleisch oder Schweinefleischerzeugnissen, Zuchtmaterial von Schweinen sowie von Schweinen stammenden tierischen Nebenprodukten und Folgeprodukten haben:“

1.4 Ziffer 4 Buchstabe a) wird gestrichen. Aus den bisherigen Buchstaben b) bis e) unter Ziffer 4 werden die Buchstaben a) bis d).

2. Die sofortige Vollziehung der Ziffern 1.1 bis 1.4 dieser Allgemeinverfügung wird angeordnet, sofern die sofortige Vollziehung nicht bereits kraft Gesetzes, gemäß § 80 Absatz 2 Nummer 3 der Verwaltungsgerichtsordnung in Verbindung mit § 37 des Tiergesundheitsgesetzes, gilt.

3. Diese Allgemeinverfügung wird als Notbekanntmachung auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <http://www.lidsachsen.de/Bekanntmachung> verkündet und tritt am Tage nach ihrer Bekanntgabe in Kraft. Der vollständige Inhalt der Allgemeinverfügung kann neben der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <http://www.lidsachsen.de/Bekanntmachung> auch zu den Geschäftszeiten in der Dienststelle der Landesdirektion Sachsen in Dresden, Stauffenbergallee 2, 01099 Dresden, Dienststelle der Landesdirektion Sachsen in Leipzig, Braustraße 2, 04107 Leipzig, Dienststelle der Landesdirektion Sachsen in Chemnitz, Altchemnitzer Straße 41, 09120 Chemnitz eingesehen werden.

4. Für diese Allgemeinverfügung werden keine Kosten erhoben.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe schriftlich oder zur Niederschrift Widerspruch eingelegt werden bei der Landesdirektion Sachsen, Altchemnitzer Straße 41, 09120 Chemnitz, oder den Dienststellen der Landesdirektion Sachsen in Dresden, Staufenbergallee 2, 01099 Dresden, oder in Leipzig, Braustraße 2, 04107 Leipzig. Die Schriftform kann durch

die elektronische Form ersetzt werden. Der elektronischen Form genügt ein elektronisches Dokument, das mit einer qualifizierten elektronischen Signatur versehen ist. Die Schriftform kann auch ersetzt werden durch Versendung eines elektronischen Dokuments mit der Versandart nach § 5 Absatz 5 des De-Mail-Gesetzes. Die Adressen und die technischen Anforderungen für die Übermittlung elektronischer Dokumente sind über die Internetseite www.lds.sachsen.de/kontakt abrufbar.

Dresden, den 8. September 2021

Landesdirektion Sachsen
Dr. Jens Achterberg
Referatsleiter

**Bekanntmachung
der Landesdirektion Sachsen
über den Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes
Antrag auf wesentliche Änderung der Anlage
zum Schmelzen und Gießen von Aluminium (Aluminiumgießerei)
der Firma Hydro Aluminium Gießerei Rackwitz GmbH
am Standort Rackwitz
– Auslegung des Antrages und der Unterlagen –**

Gz.: 44-8431/2514

Vom 16. September 2021

Die Hydro Aluminium Gießerei Rackwitz GmbH in 04519 Rackwitz, August-Horch-Straße 2, beantragte mit Datum vom 24. Juni 2021 die Genehmigung nach § 16 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274, 2021 I S. 123), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 18. August 2021 (BGBl. I S. 3901) geändert worden ist, für die wesentliche Änderung der Anlage zum Schmelzen und Gießen von Aluminium (Aluminiumgießerei) am Standort in 04519 Rackwitz, Gemarkung Rackwitz, Flur 2, Flurstück 46/131. Die Anlage unterliegt dem Genehmigungsvorbehalt nach § 1 der Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2017 (BGBl. I S. 1440), die durch Artikel 1 der Verordnung vom 12. Januar 2021 (BGBl. I S. 69) geändert worden ist in Verbindung mit den Nummern 3.4.1 und 3.8.1 des Anhangs 1 zur Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen.

Die Änderung beinhaltet im Wesentlichen die Errichtung und den Betrieb einer neuen Schmelz- und Gießanlage (3. Strang) zur Herstellung von Strangpressbolzen beziehungsweise Schmiedevormaterial mit einer zusätzlichen Produktionskapazität von 30 000 t/a beziehungsweise 90 t/d in der zu erweiternden Produktionshalle am Standort.

Die voraussichtliche Inbetriebnahme der geänderten Anlage soll im Januar 2023 erfolgen.

Das Vorhaben bedarf einer Genehmigung nach § 16 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes. Es wird hiermit gemäß § 10 Absatz 3 und 4 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes in Verbindung mit §§ 8 bis 10a und 12 der Verordnung über das Genehmigungsverfahren in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. Mai 1992 (BGBl. I S. 1001), die zuletzt durch Artikel 2 der Verordnung vom 11. November 2020 (BGBl. I S. 2428) geändert worden ist, öffentlich bekannt gemacht.

Genehmigungsbehörde ist die Landesdirektion Sachsen. Die Verfahrensführung erfolgt durch das Referat Immissionsschutz der Landesdirektion Sachsen, Dienststelle Leipzig, 04107 Leipzig, Braustraße 2.

Der Genehmigungsantrag und die von der Antragstellerin vorgelegten Unterlagen, mit Ausnahme der Unterlagen nach § 10 Absatz 2 Satz 1 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse), sowie die entscheidungserheblichen Berichte und Empfehlungen, die der Landesdirektion Sachsen im Zeitpunkt der Bekanntma-

chung vorliegen, liegen nach dieser Bekanntmachung einen Monat, vom

7. Oktober 2021 bis einschließlich 8. November 2021

für jedermann zur Einsichtnahme bei folgenden Stellen aus:

1. Landesdirektion Sachsen, Abteilung Umweltschutz, Referat Immissionsschutz,
Zimmer 426, Braustraße 2 in 04107 Leipzig
Montag und Mittwoch von 9:00 Uhr bis 12:00 Uhr sowie von 13:00 Uhr bis 15:00 Uhr
Dienstag und Donnerstag von 9:00 Uhr bis 12:00 Uhr sowie von 13:00 Uhr bis 18:00 Uhr
Freitag von 9:00 Uhr bis 12:00 Uhr

Aufgrund der COVID-19-Pandemie sind bei der Einsichtnahme in die Planunterlagen bei der Landesdirektion Sachsen die nachfolgend genannten Schutzmaßnahmen der Landesdirektion Sachsen zu beachten:

Der Zutritt zum Auslegungsraum kann jeweils immer nur einer Person sowie den weiteren in ihrem Haushalt lebenden Personen gewährt werden. Um lange Wartezeiten und Personenansammlungen zu vermeiden, sollte daher vor der Einsichtnahme in die Planunterlagen ein Termin vereinbart werden. Ihre Terminanfrage richten Sie bitte an die Landesdirektion Sachsen, Referat 44, E-Mail: daniela.adam@lds.sachsen.de, Tel. 0341/977 4433. Vor Zutritt zum Auslegungsraum sind Besucher angehalten, sich beim Einlass- und Kontrolldienst zu melden und dort eine Selbstauskunft darüber zu erteilen, ob sie spezifische Symptome der Krankheit COVID-19 aufweisen oder innerhalb der letzten 14 Tage Kontakt zu infizierten Personen hatten. Das Formular wird durch den Einlass- und Kontrolldienst ausgegeben und wieder entgegengenommen. Auf das Erfordernis zum Tragen von Mund-Nasenschutz bei der Einsichtnahme wird hingewiesen.

2. Gemeindeverwaltung Rackwitz, Bauverwaltung,
2. Etage, Zimmer 32, Hauptstraße 11 in 04519 Rackwitz
Montag und Donnerstag von 8:00 Uhr bis 12:00 Uhr sowie von 13:00 Uhr bis 16:00 Uhr
Dienstag von 8:00 Uhr bis 12:00 Uhr sowie von 13:00 Uhr bis 18:00 Uhr
Mittwoch von 8:00 Uhr bis 12:00 Uhr sowie von 13:00 Uhr bis 15:00 Uhr
Freitag von 8:00 Uhr bis 12:00 Uhr

Bitte informieren Sie sich vor Einsichtnahme in die Planunterlagen über die Zugangsbedingungen in den Bekanntmachungen der Gemeinde Rackwitz.

Weitere Informationen, die für die Entscheidung über die Zulässigkeit des Vorhabens von Bedeutung sein können und die der Landesdirektion Sachsen erst nach Beginn der Auslegung vorliegen, werden der Öffentlichkeit nach den Bestimmungen über den Zugang zu Umweltinformationen zugänglich gemacht.

Einwendungen gegen das Vorhaben können vom

7. Oktober 2021 bis einschließlich 8. Dezember 2021

schriftlich oder elektronisch bei einer der vorgenannten Stellen vorgebracht werden. Der Zugang für elektronische Dokumente ist auf die Dateiformate .docx und .pdf beschränkt. Die Übermittlung des elektronischen Dokuments hat an die Adresse post@lds.sachsen.de zu erfolgen. Es gilt das Eingangsdatum.

Mit Ablauf der Einwendungsfrist sind gemäß § 10 Absatz 3 Satz 5 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes für das Genehmigungsverfahren alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen. Das gilt nicht für ein sich anschließendes Widerspruchs- und Klageverfahren.

Die Einwendungen müssen leserlich neben dem Vor- und Familiennamen auch die volle Anschrift des Einwenders tragen. Unleserliche Namen oder Anschriften werden bei gleichförmigen Einwendungen unberücksichtigt gelassen.

Einwendungen, die von mehr als 50 Personen entweder auf Unterschriftenlisten unterzeichnet oder in Form gleichlautender Texte eingereicht werden (gleichförmige Einwendungen), müssen einen Unterzeichner mit seinem Vor- und Familiennamen, seinem Beruf und seiner Anschrift als gemeinsamen Vertreter der übrigen Unterzeichner bezeichnen. Gleichförmige Einwendungen, die diese Angaben nicht deutlich sichtbar auf jeder mit einer Unterschrift versehenen Seite enthalten, werden ebenfalls nicht berücksichtigt.

Darüber hinaus können auch nur solche Einwendungen berücksichtigt werden, die konkret angeben, welche Beeinträchtigungen befürchtet werden. Die Einwendungsschreiben werden der Antragstellerin zwecks Stellungnahme zur

Kenntnis gegeben. Die Antragstellerin ist zur Einhaltung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen verpflichtet. Die Behörde soll auf Verlangen des Einwenders dessen Name und Anschrift vor der Bekanntgabe an die Antragstellerin unkenntlich machen, wenn diese Angaben zur ordnungsgemäßen Durchführung des Genehmigungsverfahrens nicht erforderlich sind. Informationen zum Datenschutz finden Sie unter www.lds.sachsen.de/datenschutz.

Nach Ablauf der Einwendungsfrist entscheidet die Landesdirektion Sachsen nach pflichtgemäßem Ermessen über die Durchführung eines Erörterungstermins.

Für den Fall, dass die form- und fristgerecht erhobenen Einwendungen zu erörtern sind, wird der Erörterungstermin hiermit für den

20. Dezember 2021 ab 10:00 Uhr

im Bürgertreff Rackwitz, Märchenweg 2 in 04519 Rackwitz bestimmt. Der Erörterungstermin ist öffentlich.

Einwendungen, die auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen, werden im Erörterungstermin nicht behandelt.

Es wird darauf hingewiesen, dass die erhobenen Einwendungen auch bei Ausbleiben von Vertretern der Antragstellerin oder von Personen, die Einwendungen erhoben haben, erörtert werden.

Der Wegfall des Erörterungstermins wird öffentlich bekannt gemacht.

Die Entscheidung über den Antrag wird öffentlich bekannt gemacht. Die Zustellung der Entscheidung über den Genehmigungsantrag an die Personen, die Einwendungen erhoben haben, kann durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden.

Diese Bekanntmachung ist bis zum Ende der Einwendungsfrist auch auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <http://www.lds.sachsen.de/bekanntmachung> unter der Rubrik Umweltschutz einsehbar.

Leipzig, den 16. September 2021

Landesdirektion Sachsen
Svarovsky
Abteilungsleiter

Andere Behörden und Körperschaften

Bekanntmachung des Landesamtes für Straßenbau und Verkehr, Niederlassung Plauen über die Widmung und Umstufung von Straßen durch die Verkehrsübergabe der „B 169 Ortsumgehung Göltzschtal“ 1./2. BA

Vom 7. September 2021

Die Widmungen und Umstufungen erfolgen auf der Grundlage des festgestellten Plans für das Vorhaben „B 169 Ortsumgehung Göltzschtal“ vom 5. November 2010, Az.: 32-0513.26/16/16, Unterlage 15.

Widmungen treten mit der Verkehrsübergabe und Umstufungen mit der Ingebrauchnahme für den neuen Verkehrszweck in Kraft. Die Verkehrsübergabe und Ingebrauchnahme für den neuen Verkehrszweck erfolgt voraussichtlich am 3. November 2021.

Plauen, den 7. September 2021

Landesamt für Straßenbau und Verkehr, Niederlassung Plauen
Frank Weigel
Niederlassungsleiter

**Bekanntmachung
der Architektenkammer Sachsen
über die öffentliche Bestellung und Vereidigung eines Sachverständigen**

Vom 9. September 2021

Am 9. September 2021 wurde Herr Dipl.-Ing. Michael Gronemann, Freier Architekt, Leipzig als Sachverständiger für Honorare für Architektenleistungen für die Dauer von fünf Jahren öffentlich bestellt und vereidigt.

Die Bestellung erfolgte auf Grundlage von § 14 Absatz 1 Nummer 10 des Sächsischen Architektengesetzes vom

7. März 2017 (SächsGVBl. S. 102, 237), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 30. September 2020 (SächsGVBl. S. 524) geändert worden ist und gemäß § 36 Absatz 1 und § 36a der Gewerbeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Februar 1999 (BGBl. I S. 202), die zuletzt durch Artikel 16 des Gesetzes vom 11. November 2016 (BGBl. I S. 2500) geändert worden ist.

Dresden den 9. September 2021

Architektenkammer Sachsen
Jana Frommhold
Geschäftsführerin

Bekanntmachung des Landratsamtes Bautzen über die Genehmigung der Zweckvereinbarung zwischen der Stadt Hoyerswerda und der Gemeinde Spreetal über die Erfüllung von Aufgaben des Datenschutzbeauftragten

Vom 24. August 2021

Das Landratsamt Bautzen als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde für die Stadt Hoyerswerda und die Gemeinde Spreetal hat mit Bescheid vom 24. August 2021 (AZ: 15.2-030.019:21-Hy-Spt) auf der Grundlage des § 72 Absatz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), wie folgt entschieden:

„Die zwischen der Stadt Hoyerswerda und der Gemeinde Spreetal abgeschlossene Zweckvereinbarung vom 10. Mai 2021 über die Erfüllung von Aufgaben des Datenschutzbeauftragten wird genehmigt.“

Die Zweckvereinbarung wird hiermit bekannt gemacht.

Bautzen, den 24. August 2021

Landratsamt Bautzen
Michael Harig
Landrat

Zweckvereinbarung über die Erfüllung von Aufgaben des Datenschutzbeauftragten

Aufgrund der §§ 71 ff. des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) vom 15. April 2019 (SächsGVBl. 2019, S. 270, 271) in der jeweils geltenden Fassung schließen

die Stadt Hoyerswerda
Markt 1
02977 Hoyerswerda,
vertreten durch den Oberbürgermeister
Herrn Torsten Ruban-Zeh
– im Weiteren „Stadt Hoyerswerda“ genannt –

und die Gemeinde Spreetal
Spremler Straße 25
02979 Spreetal OT Burgneudorf,
vertreten durch den Bürgermeister
Herrn Manfred Heine
– im Weiteren „Gemeinde Spreetal“ genannt –

die nachfolgende Zweckvereinbarung zur Erfüllung der Aufgaben des Datenschutzbeauftragten.

§ 1

Vereinbarungsziel

Die Gemeinde Spreetal überträgt gem. §§ 71, 72 SächsKomZG die Wahrnehmung der im Weiteren definierten Aufgaben des Datenschutzbeauftragten auf den Datenschutzbeauftragten der Stadt Hoyerswerda als gemeinsamen zu bestellenden Datenschutzbeauftragten im Sinne von Art. 37 Abs. 3 DSGVO.

§ 2

Aufgabenübertragung

(1) Die Aufgaben ergeben sich aus Art. 39 DSGVO und § 7 BDSG. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um folgende Tätigkeiten:

- Unterrichtung und Beratung der verantwortlichen Stellen und Beschäftigten, die Verarbeitungen durchführen über ihre datenschutzrechtlichen Pflichten
- Überwachung der Einhaltung datenschutzrechtlicher Gesetze und Verordnungen, Beratung im Zusammenhang mit der Datenschutz-Folgeabschätzung und Überwachung ihrer Durchführung
- Zusammenarbeit mit der Aufsichtsbehörde
- Tätigkeit als Anlaufstelle für die Aufsichtsbehörde in mit der Verarbeitung zusammenhängenden Fragen, einschließlich der vorherigen Konsultation und ggf. Beratung zu allen sonstigen Fragen
- für die öffentliche Stelle das Verzeichnis automatisierter Verarbeitungsverfahren führen und regelmäßig auf den neuesten Stand bringen
- Gewähren von Akteneinsicht entsprechend der gesetzlichen Grundlagen

(2) Mit Beginn der Aufgabenübertragung sollen zunächst eine Ersterfassung sowie die Schaffung aller datenschutzrechtlichen Voraussetzungen erfolgen. Dafür sind insbesondere folgende Tätigkeiten vorgesehen:

- Beratung zu datenschutzrechtlichen Fragen des Managements und der Mitarbeiter

- Unterstützung bei der Implementierung des Datenschutzmanagement Systems beinhaltet u. a.:
 - Beratung bei der Erstellung der Dokumente zu den Informationspflichten
 - Beratung bei der Erfassung der Übersicht der Verarbeitungen
 - Beratung bei Datenschutz-Folgenabschätzung
- Sensibilisierung/Schulung der Mitarbeiter
- Kontrolle der Umsetzung des Datenschutzmanagement-Systems
- Berichterstattung an Bürgermeister/Verwaltungsleitung
- Beratung zur IT Sicherheit für Computer und IT Systeme mit personenbezogenen Daten (in Zusammenarbeit mit den Mitarbeitern der IT)
- Überprüfung der Internetseite und Erstellen einer Datenschutzerklärung für diese
- Begehungen sämtlicher Einrichtungen und individuelle Beratung der Einrichtungen nach Bedarf
- Beratung bei der Vereinbarungsgestaltung
- Beratung bei der Datenschutzvereinbarung mit IT-Dienstleistern

(3) Die Gemeinde Spreetal übergibt der Stadt Hoyerswerda alle zur Erfüllung der Aufgaben notwendigen vorhandenen Daten, Kontakte und Informationen und benennt einen Ansprechpartner für Rückfragen.

§ 3

Bereitstellung von Personal

(1) Die Realisierung der Aufgaben des § 2 Abs. 1 und Abs. 2 erfolgt durch den Datenschutzbeauftragten der Stadt Hoyerswerda als gemeinsamen zu bestellenden Datenschutzbeauftragten im Sinne von Art. 37 Abs. 3 DSGVO bzw. durch dessen Stellvertreter. Der vereinbarte Zeiteanteil für die Gemeinde Spreetal beträgt durchschnittlich 8 Stunden einer Vollzeitstelle pro Monat.

(2) Für die Ersterfassung, d.h. für die Bestandsaufnahme und Implementierung des Datenschutzmanagements wird zunächst ein erhöhter Zeitaufwand erforderlich sein. Dieser soll gesondert erfasst und vergütet werden.

§ 4

Finanzierung

(1) Für die Erledigung der Aufgaben des § 2 Abs. 1 und Abs. 2 erstattet die Gemeinde Spreetal der Stadt Hoyerswerda die 5%¹-igen anteiligen Personal- und Sachkosten der Vollzeitstelle des Datenschutzbeauftragten. Die Personalkosten werden auf der Grundlage der durchschnittlich entstandenen Personalausgaben für den Datenschutzbeauftragten der Stadt Hoyerswerda ermittelt. Die Höhe der maximal in Rechnung zu stellenden anteiligen Sachkosten wird begrenzt auf die im KGSt-Bericht „Kosten eines Arbeitsplatzes“ (in der jeweils aktuellen Fassung) ermittelten Kosten eines Arbeitsplatzes ohne gesonderten Gemeinkostenaufschlag.

(2) Die Rechnungslegung erfolgt durch die Stadt Hoyerswerda bis spätestens 15. Oktober des laufenden Jahres. Soweit die Leistungen der Stadt Hoyerswerda der Umsatzsteuerpflicht unterfallen, wird die Umsatzsteuer zusätzlich fällig und in Rechnung gestellt. Der Betrag ist innerhalb

von 4 Wochen nach Rechnungslegung durch die Gemeinde Spreetal zu begleichen.

(3) Der Zeitaufwand der Ersterfassung gem. § 2 Abs. 2 wird vom Datenschutzbeauftragten der Stadt Hoyerswerda gesondert erfasst. Die Vergütung erfolgt nach gesonderter Rechnungslegung durch die Stadt Hoyerswerda ohne Berücksichtigung der nach § 2 Abs. 1 i. V. m. § 4 Abs. 1 monatlich zu vergütenden Personal- und Sachkosten.

§ 5

Haftungsbeschränkungen

(1) Die Haftung der Stadt für Schäden, die der Datenschutzbeauftragte bei der Gemeinde Spreetal verursacht, wird im Innenverhältnis der Vereinbarungspartner auf Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit beschränkt.

(2) Die Stadt Hoyerswerda übernimmt keine Haftung bei Nichtverfügbarkeit des Datenschutzbeauftragten der Stadt Hoyerswerda und seines Stellvertreters, beispielsweise bei Krankheit oder Urlaub. Sollte dieser Zustand länger als sechs Wochen andauern, verpflichtet sie sich, soweit erforderlich, sich zeitnah und in geeigneter Weise um Ersatz zu bemühen.

(3) Dienstliche Termine des Datenschutzbeauftragten in Spreetal werden im gegenseitigen Einvernehmen festgelegt.

§ 6

Änderungsklausel

Änderungen dieser Vereinbarung bedürfen der Schriftform und unterliegen dem rechtsaufsichtsbehördlichen Genehmigungsvorbehalt.

§ 7

Salvatorische Klausel

Sollten eine oder mehrere Bestimmungen dieser Vereinbarung unwirksam oder nichtig sein, soll dadurch die Gültigkeit der Vereinbarung nicht berührt werden. Gleiches gilt, soweit sich herausstellen sollte, dass die Zweckvereinbarung eine relevante Regelungslücke enthält. Die Vereinbarungspartner werden sich in diesen Fällen so verhalten, dass der angestrebte Zweck erreicht wird. Unwirksame oder nichtige Bestimmungen werden dementsprechend durch angemessene Regelungen ersetzt, die dem entsprechen, was die Vereinbarungspartner gewollt hätten, soweit ihnen die unwirksame oder nichtige Bestimmung bekannt gewesen wäre oder sie den außer Acht gelassenen Punkt bedacht hätten.

§ 8

Regelungen bei Streitigkeiten

Können Meinungsverschiedenheiten zwischen den Partnern nicht gütlich geklärt werden, so ist die zuständige Rechtsaufsichtsbehörde anzurufen.

§ 9

Inkrafttreten/ Laufzeit/ Kündigung

(1) Die Zweckvereinbarung tritt am Tag nach der öffentlichen Bekanntmachung der Zweckvereinbarung und der Genehmigung durch die Rechtsaufsichtsbehörde im Sächsischen Amtsblatt in Kraft. Die Grundvereinbarungslaufzeit

¹ Grundlage der Berechnung ist die durchschnittliche monatliche Arbeitszeit von 165 Stunden.

beträgt 2 Jahre. Die Vereinbarung verlängert sich automatisch um jeweils 1 Jahr, sofern sie nicht unter Einhaltung einer Frist von 6 Monaten zum Laufzeitende von einem der Vereinbarungspartner schriftlich gekündigt wird.

(2) Gemäß § 60 VwVfG kann die Vereinbarung auch vor Ende der Vereinbarungslaufzeit mit einer Kündigungsfrist von einem Monat zum Quartalsende gekündigt werden, wenn sich die Verhältnisse, die für die Festlegung des Vereinbarungsinhalts maßgebend gewesen sind, seit Abschluss der Vereinbarung so wesentlich geändert haben, dass einer Vereinbarungspartei das Festhalten an der ursprünglichen vereinbarten Regelung nicht zuzumuten ist. Diese Vereinba-

rungspartei kann eine Anpassung des Vereinbarungsinhalts an die geänderten Verhältnisse verlangen oder, sofern eine Anpassung nicht möglich oder einer Vereinbarungspartei nicht zuzumuten ist, die Vereinbarung kündigen. Die Vereinbarungspartner können die Vereinbarung auch kündigen, um schwere Nachteile für das Gemeinwohl zu verhüten oder zu beseitigen.

(3) Bei Beendigung der Vereinbarung werden alle zur Weiterbearbeitung erforderlichen Daten, Verträge, Informationen und Kontakte an die Gemeinde Spreetal unverzüglich übergeben.

Hoyerswerda, den 5. Mai 2021

Ruban-Zeh
Oberbürgermeister

Spreetal, den 10. Mai 2021

Heine
Bürgermeister

Impressum

Herausgeber:

Sächsische Staatskanzlei
Archivstraße 1
01097 Dresden
Telefon: 0351 564 11312

Verlag:

SV SAXONIA Verlag
für Recht, Wirtschaft und Kultur GmbH
Lingnerallee 3
01069 Dresden
Telefon: 0351 4 85 26 0
Telefax: 0351 4 85 26 6 1
E-Mail: gvbl-abl@saxonia-verlag.de
Internet: www.recht-sachsen.de
Verantwortlicher Redakteur: Rechtsanwalt Frank Unger

Druck:

Stoba-Druck GmbH
Am Mart 16, 01561 Lampertswalde

Redaktionsschluss:

23. September 2021

Bezug:

Bezug und Kundenservice erfolgen ausschließlich über den Verlag. Der Preis für ein Jahresabonnement des Sächsischen Amtsblattes beträgt 209,89 Euro (gedruckte Ausgabe zzgl. 42,03 Euro Postversand) bzw. 114,97 Euro (elektronische Ausgabe). Der Preis dieser Einzelausgabe beträgt 6,53 Euro zzgl. 3,37 Euro bei Postversand. Alle genannten Preise verstehen sich inklusive gesetzlicher Mehrwertsteuer. Das Abonnement kann ausschließlich schriftlich mit einer Frist von sechs Wochen zum Kalenderjahresende gekündigt werden.

SV SAXONIA Verlag GmbH, Lingnerallee 3, 01069 Dresden
ZKZ 73797, PVSt +4, **Deutsche Post** 